

Inserate
werden angenommen
a. Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Ges. Ad. Schlech., Postmeister,
Herr Berberstr. u. Breitestr. Ede,
Herr Ulich, in Firma
J. Sonnemann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur:
A. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde
von 9—11 Uhr Vorm.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen
bei unseren Agenturen, ferner bei
den Annoncen-Editionen
U. Moos,
Haasenstein & Vogler A.-Co.
G. F. Daube & Co.
Invalidendank.

Berantwortlicher für den Inseraten-
theil:
W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 10.

Posener Zeitung

Hundertundzweiter Jahrgang.

Mr. 874

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal,
an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz
Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reichs an.

Sonnabend, 14. Dezember.

1895

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung vom 13. Dezember, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Das Haus ist sehr schwach besetzt. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Verathung des Gesetzentwurfs betr. die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs.

Staatssekretär v. Voetticher: Der vorliegende Gesetzentwurf ist im Wesentlichen aus der Initiative des Reichstages vorgegangen. Als wir den ersten Entwurf veröffentlichten, sind von uns zahlreichen Korporationen, großen wirtschaftlichen und Fachvereinen und auch einzelnen Sachverständigen zahlreiche Mitteilungen zugegangen. Auf Grund dieser Eingänge haben wir den Entwurf einer nochmaligen Ausarbeitung unterzogen. Darnach ist der Kreis der Gegner dieses Gesetzes immer enger geworden. (Widerspruch links), heute herrscht bereits keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß es die Wucht der Gesetzgebung ist, gegen die unlauteren Bestrebungen im Geschäftswettbewerb vorzugehen. Ich hoffe, daß wir uns über den vorliegenden Entwurf verständigen werden. Der Entwurf will vor allem den Auswüchsen des Reklamewesens entgegenziehen, das den minder bereitstellenden Gewerbetreibenden allmählich so überaus schädlich geworden ist, und soll für einen Schutz gewähren gegenüber den unberechtigten Ausnutzung von Fabrik- und Geschäftsgeheimnissen. Andere Bestimmungen des Entwurfs sind von minderer Bedeutung. Wir wollen es dem Richter überlassen, ob gewisse Formen von Reklame, welche in unlauterer Weise gebraucht werden — denn die Reklame an sich verurtheile ich nicht — verfolgt werden sollen. Wir wollen außer der civilem Verfolgung solcher schädlichen Auswüchse des Reklamewesens, welche heute schon stattfinden kann, strafrechtliche Vorschriften erlassen, welche wirklicher sind als civilem Verfolgungen. In Frankreich bekämpft man den unlauteren Wettbewerb nur auf Grund des Art 1382 des code civil. Derselbe lautet: „Jede Handlung eines Menschen, welcher Art sie auch sei, welche einem andern Schaden verursacht, verbündet denselben, durch dessen Verhüllung der Schaden entstanden ist, dienten zu ersezzen.“ Wir haben darüber beraten, ob wir eine solche allgemeine Bestimmung erlassen sollen, s. d. aber angeföhrt der Erfahrungen, die man in anderen Ländern mit solchen allgemeinen Bestimmungen gemacht hat, davon abgesehen und haben uns entschlossen, es dem Richter zu überlassen, zu entscheiden, was erlaubt und was unerlaubt. Das bestreitbare Kapitel in dem Entwurf ist das über den Vertrag von Fabrik- und Geschäftsgeheimnissen. Durch den ganzen Entwurf geht das Bestreben, daß es sich dabei um den Schutz des minder Starken handelt. Deshalb dürfen wir nicht dem Verteilung verboten, daß, was er im Geschäft seines Meisters gelernt hat, später zu verwenden. Wir müssen aber auch dem Prinzipal unserer Schutz angeleihen lassen, damit er der Konkurrenz gewachsen ist. Es ist völlig ausgeschlossen, daß der Richter dazu übergehen könnte, auf erlernte rein äußerliche Handgriffe die Bestimmungen des Gesetzes anzuwenden. Dazu kommt, daß nach der französischen Statistik nur sehr wenige Fälle wegen Vertrags von Geschäftsgeheimnissen durchschnittlich zur Bestrafung kommen. Diese Fälle nehmen von Jahr zu Jahr ab. Wenn hier im Hause der Wunsch laut werden sollte, wieder zu der früheren Fassung des ersten Entwurfs zurückzutreten, so wird sich ja darüber lassen. Ich zweifle nicht daran, daß wir uns verständigen und so einen Fortschritt in der Förderung der berechtigten Interessen unserer Erwerbsstände erreichen werden. (Beifall.)

Abg. Bassermann (nl.): Wenn auch heute im allgemeinen in unserem Kaufmannstand durchaus nicht Treu und Glauben verschwunden sind, so gibt es doch Auswüchse, die wir zu bekämpfen haben. Die Erfahrungen in anderen Staaten, insbesondere Frankreich, England u. s. w. beweisen, daß wir uns von dem vorliegenden Entwurf gute Erfolge versprechen können und keine Nachtheile für den Verkehr entstehen werden. Im Gegensatz zu den in Frankreich geltenden mehr generellen Bestimmungen zerfällt dieser Entwurf in eine Anzahl von Einzelbestimmungen; es sind typische Fälle herausgegriffen und spezialisiert worden. Wir können uns damit um so mehr einverstanden erklären, als alle solche zum ersten Mal eingeführten Gesetze in kurzer Zeit einer Revision unterzogen zu werden pflegen. So könnte z. B. im § 1 als unerlaubte Reklame auch die unrichtige Angabe der Menge von Waaren angeführt werden. Unlautere Reklame wird ja meist in den größeren Städten betrieben, unterföhrt durch die Bedeutung der Presse. Mit der juristischen Konstruktion sind wir einverstanden, nur könnte vielleicht die Bestimmung, daß nicht nur einzelne Personen, sondern Verbände das Recht der Anzeige haben, noch erweitert werden. Besonders sind wir damit einverstanden, daß das Strafverfahren neben dem Civilverfahren eingelegt werden kann. Was schließlich den Schutz der Geschäfts- und Fabrikgeheimnisse betrifft, so fragt es sich, ob wir nicht den Begriff des Geschäftsgeheimnisses näher festlegen sollen. Der Arbeiter besteht nicht die genügende Intelligenz, und der Lehrer noch nicht die genügende Fähigkeit, um sich der Tragweite der nach dem Entwurf strafbaren Handlungen bewußt zu werden. Ganz erhebliche Bedenken habe ich dagegen, daß keine Selt festgesetzt ist, welche genau bestimmt, wie lange nach Ablauf des Dienstvertrages die Geschäftsgeheimnisse gewahrt werden müssen. Das dürfte doch zu erheblichen Missverständnissen Anlaß geben. Nach der jetzigen Vorlage darf jemand, der sich selbstständig macht, daß, was er bei seinem Lehrherrn gelernt hat, verwerthen. Wie aber sieht es dann, wenn er sich ausschreibt, oder wenn er Direktor einer Aktiengesellschaft wird? Soll er dann seinen eigenen Associs über die Gesellschaft schädigen, indem er das Erlernte nicht anwendet? Freilich haben sich die Handelskammern zu Mannheim und Frankfurt für diese Bestimmungen erklärt, aber andere, z. B. die zu Halle, Leipzig, sowie die Vertreter der Kaufmannschaft zu Berlin und der Verein deutscher Ingenieure sind entschieden gegen eine solche Bestimmung. Die Bewahrung des Geheimnisses darf nicht in Geheimniskrämeriet ausarten. Hoffentlich gelingt es uns in der Kommission, eine andere Fassung des § 9 zu finden. So wie der Paragraph

vorliegt, ist er für uns unannehmbar. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Roeren (Cir.): Ich hoffe, daß dieses Gesetz bald zur Verabschiedung gelangt. Denn noch niemals hat man im Volke so allgemein sich nach einem Gesetz gelehnt, wie nach dem vorliegenden. Durch schwindelhafte Manipulationen, die bisher nicht bekämpft werden konnten, ist vielfach Treu und Glauben im Handel und Gewerbe geschwunden. Man lebt sich nur in großen Städten die Schaufronten an. In vielen Fällen muß der Gewerbetreibende, der den Schwindel nicht mitmachen will, zu Grunde gehen. Der unlautere Wettbewerb ist im allgemeinen eine Folge der schrankenlosen Gewerbefreiheit. In Frankreich hat der Artikel 1382 des code civil sehr segensreich gewirkt, es kommt aber nicht allein auf die Bestimmungen des Gesetzes an, sondern auch auf die Auslegung des Gesetzes. Und da muß man leider sagen, daß in Frankreich die Rechtssprechung mehr in lebendiger Verbindung mit dem gewöhnlichen und öffentlichen Leben steht, als bei uns. In Frankreich hat man den unlauteren Wettbewerb bis in seinen innersten Schlupfwinkel verfolgt. Der Betrugsparagraph unseres Strafgesetzbuches gewährt nur einen geringen Schutz. Die Bestimmung des zweiten Absatzes des § 9 über den Vertrag von Fabrik- und Geschäftsgeheimnissen erscheint mir jedoch zu hart, da sie den Angestellten auch nach Ausführung des Dienstverhältnisses noch auf einen bestimmten Zeitraum zur Verschwiegenheit verpflichtet. Denn es wird wohl zur Regel werden, daß der Prinzipal sich einen Revers von dem Angestellten aufstellen läßt. Ich beantrage, die Vorlage einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Czarlnski (Pole): Auch in den polnischen Landesteilen ist das Verlangen nach Schutz gegen unlauteren Wettbewerb hervorgetreten. Die Frage, ob nur der civilem oder strafrechtliche Weg des Vorgehens gegen unlauteren Wettbewerb zugelassen werden soll, ist in dem Entwurf auftreffend dahin entschieden, daß beide Wege offen gelassen sind. Das Bedenken, daß durch die Strafbestimmungen der Chancen Thür und Thor geöffnet werden, thelle ich nicht. Ich fürchte dies deshalb nicht, weil in dem Entwurf die Scheidelinie zwischen Erlaubtem und Unerlaubtem sehr klar gezogen ist. Der wichtigste Theil des Gesetzes ist derjenige, der die ehrgeizige Reklame treffen will. Es ist unglaublich, was hier gesündigt wird. Ich wünsche, daß das Gesetz bald zu einem befriedigenden Abschluß komme.

Abg. Singer (Soz.): Wir glauben nicht, daß die Hoffnungen, die die Freunde dieses Gesetzes auf den Entwurf legen, in Erfüllung gehen. In unserer heutigen Gesellschaftsordnung steht jeder Geschäftsmann in seinem Konkurrenten einen Feind und schimpft auf ihn, er muß geradezu einen natürlichen Gegner in seinem Konkurrenten sehen, wenn er nicht unter die Räder kommen will. Auch der Kampf gegen den sogen. unlauteren Wettbewerb wird ein Schlag ins Wasser sein, ganz abgesehen davon, daß es sich gar nicht feststellen läßt, was lauterer und unlauterer Wettbewerb ist. So halten es die Konkurrenten in Sicherheit für einen unlauteren Wettbewerb, wenn der Bund der Landwirthe wiederholt darauf gedrungen hat, daß die „Deutsche Tageszeitung“ mit allen Kräften für die Spiritusglühlichtfirma eintritt, weil die Fabrikanten dieses Lichtes einen großen Theil des Reinertrages für die Agitationen des Bundes der Landwirthe abschaffen. Das Bedenklichste an dem Entwurf ist für mich der § 5, der dem Bundesratthe die Befugnis einräumt, Mengeneinheiten gewisser Waaren festzustellen. Es ist bezeichnend für unsere ganze Gesetzgebung, daß man die Rechte des Bundesrates immer mehr erweitert. Auch der § 9 in seinem zweiten Satz ist für uns unannehmbar, da er die Angestellten in hohen Maße benachtheilt und auf Gnade und Ungnade der Unternehmern ausleiert. Auch dieser Paragraph ist ein Beweis für die Klasseneigenschaftung unserer Zeit. Die Angestellten kommen hierdurch aus der Schule der vertragsmäßigen Ausbeutung in die Charybdis der kriminellen Verfolgung. Der Staatssekretär lagte, daß das Gesetz setzt zum Schutz der wirtschaftlichen Schwächen eingebracht, in Wahrheit aber ist es ein Gesetz zur Ausbeutung der wirtschaftlichen Schwächen. Ähnliche Erfahrungen haben wir beim Gesetz über die Sonntagsruhe gemacht. Schon jetzt wird den Angestellten oft zugemutet, Neverse mit geradezu schamlosen Bedingungen zu unterschreiben, wie wird es erst werden, wenn der § 9 Gesetz wird. Redner verliest eine Anzahl von Engagementverträgen, in denen die Angestellten sich zu den weitgehensten Verpflichtungen verpflichten müssen, und führt dann fort: Selbst solchen Verträgen gegenüber hat sich das Reichsgericht überaus wohlwollend für das Unternehmerthum ausgeprochen. Unter den Herren Gebelkräthen fehlt es noch immer zu Leuten, die das praktische Leben kennen, und es ist bezeichnend für die ganze Art unserer Gesetzgebung, daß man auch bei diesem Gesetz keinen einzigen Angestellten um seine Meinung gefragt hat. Wir werden uns niemals dazu vergeben, einem Gesetzentwurf zuzustimmen, der Bestimmungen enthält, die die Handlungsbefreiungen bedrohten und nur eine Förderung der Nebenvertrag, der kapitalistischen Ausbeutung in der schärfsten Art herbeiführen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Voetticher: Der Vorredner benutzt auch diese Gelegenheit, um nach außen hin Unzufriedenheit zu erregen. (Sehr richtig! rechts.) Den Sozialdemokraten, die immer von der Ausbeutung der wirtschaftlichen Schwächen reden, wird hier gerade ein Gesetz geboten zum Schutz dieser Leute. Sie haben doch auch Anhänger in den Kreisen der kleinen Geschäftleute. Schützen Sie zu den Sozialdemokraten) doch diese, hier wird Ihnen ja Gelegenheit geboten. Ihnen ist es nur darum zu thun, daß die Zustände, in welchen die kleinen Geschäftleute durch den unlauteren Wettbewerb unterdrückt und ausgebaut werden, in Ihrem Interesse weiter bestehen. (Beifall rechts.) Aber dazu werden die übrigen Parteien nicht die Hand bieten. Ich weiß es wohl, daß der Kampf ums Dasein ein schwerer ist, aber der Abgeordnete Singer hat nicht recht, wenn er sagt, daß jeder Geschäftstreiber in seinem Konkurrenten einen natürlichen Feind sehen, daß er alle Mittel, auch die unlauteren, aufstellen müsse in diesem Kampfe. Alle ehrlichen Mittel sind erlaubt, aber wo unlautere Mittel angewandt werden, da muß das Gesetz eingreifen. Die Grenze des lauteren und unlauteren Wettbewerbs ist ganz deutlich in

Inserate, die schlagspalte über deren Raum
in der Morgen-Ausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
30 Pf., in der Mittag-Ausgabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Erhebung für die
Mittag-Ausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgen-Ausgabe bis 5 Uhr Nachtm. angenommen.

Berantwortlicher für den Inseraten-
theil:

W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 10.

Gernsprech-Anschluß Nr. 10.

Gernsprech-Anschluß Nr. 10.

dem Entwurf gegeben, es ist eine Reihe von Fällen aufgestellt, die unter den Begriff des unlauteren Wettbewerbs fallen, und wenn der Vorredner meint, die Praxis werbe Mittel und Wege finnen, um die Vorschriften des Gesetzes zu umgehen, so können wir doch das Gesetz jederzeit verbessern. (Sehr richtig!) Auch die Befürchtung, daß der Bundesrat Vorschriften erlässt, ohne die Interessenten zu hören, ist unbegründet. Die Vorschriften des § 9, die dem Abg. Singer so sehr bedenklich erscheinen, sind gar nicht neu. Das Verlangen nach dem Schutz von Fabrikgeheimnissen existiert schon lange. Frankreich, Belgien und Italien haben diese Bestimmung, nur in England kennt man sie nicht. Es soll hauptsächlich dadurch verhindert werden, daß unreelle Prinzipale von Angestellten, die sie aus anderen Geschäften herübergezogen haben, Geschäftsgeheimnisse herauslocken. Ich bin überzeugt, daß der Handlungsbefreiung stand bislang nichts von einer Degradation bemerkbar ist; sollte er jetzt zu dieser Ansicht kommen, so kann er sich bei Herrn Singer bedanken. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich bestreite es auch, daß für die Handlungsbefreiung durch diese Vorlage eine Art Ausnahmegesetzgebung geschaffen wird; die Handlungsbefreiung ist schon heute Konkurrenzlaufen gegenüber nicht schullos. Das Reichsgericht hat solche Klauseln oft als contra bonos mores verstoßend bezeichnet. (Beifall rechts.)

Abg. Schmidt-Ebersfeld (Excell. Volksp.): Gegen die Bestimmungen, die sich gegen die Entschädigung von Konkurrenten durch üble Nachreden und durch Benutzung falscher Namen wenden, habe ich nichts einzubringen. Hingegen muß ich mich entschieden gegen § 5 der Vorlage wenden, da man dem Bundesrat nicht allein überlassen kann, zu bestimmen, daß Waaren nur in bestimmten Mengeneinheiten verkauft oder soll gehalten werden dürfen. Bezuglich der Prämie muß ein Unterschied gemacht werden zwischen den rein marktwirtschaftlichen und den direkt auf Täuschung des Publikums hinzielenden Anklagungen. Ich bin ferner der Ansicht, daß die zivilrechtliche Verfolgung vollkommen ausreicht. Der schwierigste Theil ist ohne Zweifel § 9, welcher die Frage der Waaren des Geschäftsgesetzes enthält. Eine Bestimmung wie in Absatz 2 darf doch nur insofern erlassen werden, als sie das Fortkommen der Angestellten nicht hindert. Freilich kann ich dem Abg. Singer nicht zu geben, daß diese Schäden nur eine Folge der kapitalistischen Geschäftsausordnung sind. Trotzdem widerstehe ich der Verfolgung, auf dieses Spezialthema einzugehen und über den Wettbewerb im Zukunftstaat mit ihm zu debattieren. (Hinterhält.) Von der Begünstigung einer Klassenbrüderlichkeit kann durch dieses Gesetz gar nicht die Rede sein, und ich halte es sehr wohl für möglich, eine bestehende Fassung zu finden. Von der sogenannten Konkurrenzlaufe ist in dem Entwurf gar nicht die Rede. Herr Singer kämpft also gegen Diage, die gar nicht in Frage stehen. Nach meiner Meinung haben die verbündeten Regulierungen bei dem Absatz 2 des § 9 weniger die Arbeiter als Betriebsleiter und solche Personen im Auge gehabt, die, wenn sie eine derartige Verpflichtung übernehmen, auch entsprechend dafür gelohnt werden. Bei uns im Rheinland sind diese Verträge unter Herrschaft des französischen Gesetzes immer so aufgefaßt worden, daß der Prinzipal seinen Angestellten nur dann eine solche Klausel auferlegen konnte, wenn dafür als Gegenleistung ein entsprechend höheres Gehalt gezahlt wurde. Sehr erfreut bin ich darüber, daß man nicht nur den Verträge treffen will, sondern besonders auch den Verführer. Man könnte sehr wohl auch noch ein Abkommen von Geschäftsbefreiungen unter Strafe stellen, nämlich das Einschleichen in Fabriken, um etwas zu erforschen. Leute, die das thun, muß man strafrechtlich fassen, dann sie sind nicht viel besser als Einbrecher und Diebe. Im ersten Absatz des § 9 ist der Begriff Geschäftsbefreiung nicht genau genug gefaßt. Es kann sehr wohl das, was dem einen Geschäftsbefreiung ist, dem anderen Arbeiter, der neben ihm steht, kein Geschäftsbefreiung sein. Zudem ist der § 9 in der vorliegenden Fassung nicht annehmbar; der selbe muß erst in der Kommission eine gründliche Umgestaltung erfahren. Sehr bedenklich ist auch die Verquälung der zivil- und strafrechtlichen Bestimmungen. Es wird dadurch löslich die Gelegenheit gegeben, auch bloße Reklame mit Strafe zu deponieren. Ich warne entschieden vor einer formalistischen Anwendung dieser Bestimmungen und empfehle deren Präzisierung. Als Beispiel dafür, daß präzisere Bestimmungen eingeführt werden können, erwähne ich eine Entscheidung des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M., wonach eine Firma die deutschen Schaumweine als echten französischen Schaumwein vertrieben hat, freigesprochen ist. Es ist dringend notwendig, hier die größte Vorsicht zu gebrauchen, damit nicht durch die Rechtsprechung ein Schaden entsteht, der den Nutzen aufwiegt, den man sich von diesem Gesetz verspricht. (Beifall rechts.)

Geb. Rath Hans weist darauf hin, daß das Oberlandesgericht zu Frankfurt a. M. die Strafverfolgung in dem vom Vorredner erwähnten Falle abgelehnt hat, weil einmal der betr. Winkandler nicht das Bewußtsein einer rechtswidrigen Absicht gehabt hat, und sodann, weil der Thatbestand nicht unter die Strafbestimmungen des Waarenzeigengesetzes fällt. Indessen ist mit dieser Entscheidung des Oberlandesgerichts die Angelegenheit schwerlich abgetan, die Frage wird sicher noch bei anderen Gelegenheiten zum Gegenstand weiterer gerichtlicher Erwägungen gemacht werden, und es ist abzuwarten, wie in künftigen Fällen die Entscheidung ausfallen wird.

Abg. Frhr. v. Langen (Conf.): Ich glaube auch nicht, daß dieses Gesetz alle Schäden des unlauteren Wettbewerbes beseitigen wird, aber es wird doch einen gewaltigen Schritt nach vorwärts bedeuten. Ich kann jedoch nicht dem bestimmen, was in den Motiven des Gesetzes ausgeführt wird, daß unter Kaufmannstand auf einer so hohen fiktiven und moralischen Stufe steht. Früher allerdrugs war es anders, aber seitdem mehr und mehr gewisse fremde Elemente (Aha! links.) in unseren deutschen Kaufmannstand eingedrungen sind, hat sich dies leider geändert. Mit Freuden begrüße ich die Bestimmung, daß der Vertrag an Geschäft- und Fabrikgeheimnissen bestraft werden soll. Das berechtigte Interesse des Geschäftsbefreiung muss gewahrt werden, ich hoffe jedoch, daß die Bestimmungen des Gesetzes nicht nur auf private, sondern auch auf staatliche Betriebe An-

wendung finden. Dann wird es nicht mehr vorkommen, daß der Direktor einer königlichen Gewehrfabrik von einer privaten Fabrik zu einem höheren Gehalte angestellt wird, und dort das, was er in der königlichen Fabrik gelebt hat, verwerthet. Was Herr Singer über den Bund der Landwirthe gesagt hat, entspricht durchaus nicht den Thatsachen. Ein förmlicher Vertrag liegt zwar nicht vor. Allerdings hat sich der Bund der Landwirthe bereit erklärt, wenn die Firma der betr. Firma wirklich die beste sein sollte, im Interesse unserer einheimischen Spitzindustrie hierfür in seiner Preise Propaganda zu machen. Und da der Fabrikant selbst erkannt hat, daß dies große Kosten verursachen würde, hat er sich bereit erklärt, dem Bund der Landwirthe einen Theil des etwaigen Reingewinns zuzuführen.

Abb. Dr. Meyer-Holle (Frl. Bergg.): Meine Fraktion hofft, sich über dieses Gesetz mit der Regierung und der Majorität dieses Hauses so zu verständigen, daß sie für das Gesetz stimmen kann. Wir sind einverstanden damit, daß man nötigenfalls unlautere und unsittliche Handlungen im Handelsverkehr strafrechtlich verfolgt. Allerdings wird die Unterscheidung zwischen lauterem und unlauterem Wettbewerb sehr schwer sein, denn jeder nennt den Wettbewerb, den er selber macht, lauter, und den ein anderer macht, unlauter. (Heiterkeit.) Mit dem Abg. v. Langen stimme ich in der Beurteilung dieses Gesetzes so überein, daß ich mich ihm als bessere Hälfte präsentieren möchte, ohne jedoch mich mit allen Konsequenzen, die aus dieser Vereinigung entstehen können, einverstanden zu erklären. (Große Heiterkeit.) Dem Abg. Singer gebe ich zu, daß Verträge, wie er sie charakterisiert hat, unsittlich sind. Das aber glaube ich, daß die vollste Glückseligkeit und Moralität auch durch die besten Gesetze in unserer jetzigen Geschäftswelt nicht erreicht wird, ich bin jedoch fest davon überzeugt, daß dies auch nicht im sozialdemokratischen Zukunftstaat erreicht werden wird. Denn der Stoff, mit dem die Sozialdemokraten lochen, ist auch nichts anderes als das allgemein bekannte Wasser. (Heiterkeit.) Hierauf vertagt das Haus die weitere Verathung auf Sonnabend 1 Uhr. Außerdem stehen auf der Tagesordnung die erste Lesung des Konsumvereinsgesetzes und die erste Verathung des Gesetzentwurfs betreffend die Handwerkermämmern.

Schluss 5 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 13. Dez. [Aus dem Reichstag.] Die Reichstagsdebatte über den Gesetzentwurf gegen den unlauteren Wettbewerb hat im Allgemeinen Übereinstimmung darüber ergeben, daß gegen den betrügerischen Schwindel im Geschäftsbetriebe mit kräftigen Mitteln eingegangen werden muß. Sogar der Abg. Singer erklärte, daß er seine Freunde dem Entwurfe sympathisch gegenüberstehen, weil sie grundsätzlich allen Schwindel bekämpfen. Aehnlich und natürlich noch entgegenkommender klangen die Erklärungen der übrigen Redner, der Abg. Bassermann für die Nationalliberalen, Roeren für das Centrum, Schmidt-Bingen für die Freisinnige Volkspartei, v. Langen für die Deutschsozialen. Aber mit der prinzipiellen Zustimmung zu den Grundzügen der Vorlage ist es nicht gethan, und an Einwendungen gegen wichtige Einzelheiten des Entwurfs hat es in keiner einzigen Rede gefehlt. Der Staatssekretär v. Bötticher meinte zwar, wenn der Paragraph gegen die mitsbräuchliche Verwerthung von Geschäftsgeheimnissen dem Hause nicht schärfer genug erscheine, so könne ja bezüglich dieser Bestimmungen auf die noch schärfere Fassung des ersten Entwurfs zurückgegriffen werden; aber die Unruhe, die sich in einem großen Theile des Hauses bei dieser Ankündigung verbreitete, sollte Herrn v. Bötticher darüber belehren,

dass er vollauf zufrieden sein könnte, wenn er auch nur die gegenwärtige Fassung an der betreffenden Stelle durchsetze. Wahrscheinlich und höchstens wird ihm das nicht gelingen. Der Abg. Bassermann (und nach seinem Vorgange auch die übrigen Redner) hat gut und klar ausdifferenziert, daß der Schutz des Geschäftsgeheimnisses gegen Verrath durch aus dem Geschäft schon aufgetretene Personen doch seine starken Bedenken habe. Zum mindesten müsse für die Dauer dieses Schutzes eine Maximalgrenze festgestellt werden, und der Schutz müsse weniger umfassend gewährt werden. Die obnehm wirtschaftlich schwächeren Angestellten dürfe man nicht gar zu sehr beschränken oder sie wohl gar ins Ausland treiben, zumal ja die Angestellten oft selbst die Kunstgriffe und Verbesserungen erlannen, die sie nachher anderwärts nicht sollen anwenden dürfen. Alles vollaufen richtig und im höchsten Maße beherzigenswert. Es ist auch keine Sorge, daß es etwa nicht werde beherigt werden, und es bedürfte deshalb gar nicht erst der übermäßig starken Worte, mit denen Herr Singer sich der Angestellten in den Geschäften und Fabriken annahm. Wundern muß man sich aber doch, daß Herr v. Bötticher wirklich glauben kann, die Vorlage enthalte an der betreffenden Stelle den Ausdruck einer allgemeinen Überzeugung und einer wirtschaftlichen Notwendigkeit. Das ist so wenig der Fall, daß unseres Wissens nur die Handelskammer zu Frankfurt a. M. dem Entwurf begetreten ist, während die anderen, von Berlin bis München, den Paragraphen über das Geschäftsgeheimnis bemängelt haben. Die Kommission wird jedenfalls zu thun haben, um den Entwurf so zu gestalten, daß er wirklich dorthin trifft, wohin er seine Schritte wenden soll.

L. C. Herr v. Kölle hat durch das Wolffsche Telegraphen-Bureau erklären lassen, daß er „Niemandem“ das gesagt habe, was der Berliner Berichterstatter der „Saale-Ztg.“ ihm in den Mund gelegt hat. Der Berichterstatter der „Saale-Ztg.“ konstatirt dagegen, daß letzten Sonnabend Herr v. Kölle ihm einen fast einstündigen Vortrag über die Gründe seines Entlassungsgeuchs gehalten und daß er eine Kopie seines Berichts, ehe er denselben nach Halle sandte, Herrn v. Kölle eingeschickt habe. Herr v. Kölle soll überdies ausdrücklich erwähnt haben, daß die antisemitische „Staats-Ztg.“, während der ganzen Krisis sich am besten informiert habe und die „Dtsch. Tagessch.“ habe in einem „ganz eifachlich inspirierten Artikel“ die Angaben des Berichterstatters der „Saale-Ztg.“ bestätigt — nämlich, daß Herr v. Kölle das Opfer einer von den Ministern v. Bötticher und v. Marshall eingefädelten Intrigue geworden sei, was der „Reichsanzeiger“ bekanntlich dementirt hat.

Die „Frei. Ztg.“ konstatirt danach, daß also die „Staats-Ztg.“, dieses antisemitische Blatt federster Ordnung, das Leibblatt des Herrn v. Kölle gewesen sei und glaubt nunmehr die Vorgänge, die zur Entlassung Kölles führten, wie folgt zusammenstellen zu können: Herr v. Kölle hat im Staatsministerium bei Berathung des Militärstrafprozesses sich im Widerstand mit dem Kriegsminister gegen das Maß der Offensichtlichkeit der Verhandlungen erklärt. Über die Meinungsverschiedenheit im Staatsministerium waren Neuigkeiten in die Presse gekommen; doch ergab die Untersuchung, daß Herr v. Kölle diesen Berichtungen fern steht. Das Entscheidende war Folgendes: Herr v. Kölle hat bei der Hofjagd in Beelitz in nervös erregter Weise

sich gegenüber dem Flügeladjutanten des Kaisers, General v. Bassen, und dem Chef des Militärlaborets, General v. Habnke, über seine Ministerkollegen aus Anlaß jener Untersuchung beschwert und dabei auch seine vom Kriegsminister abweichende Ansicht in Bezug auf den Militärstrafprozess dargelegt. Von dieser Rederei des Herrn v. Kölle bei der Hofjagd haben die übrigen Minister Kenntnis erhalten. Man kann es denselben nach anderen Vorgängen bei Hofjagden nicht verübeln, daß sie dieses Verhalten ihres Kollegen sehr ernst genommen haben. Kurzum, Fürst Hohenlohe ist bei Herrn v. Kölle erschienen und hat ihm mitgeteilt, daß nach diesen Vorgängen in Beelitz seine Kollegen das Vertrauen zu ihm verloren hätten. Dadurch war Herr v. Kölle moralisch gezwungen, seine Entlassung einzulegen, und der Kaiser war vor die Wahl gestellt, Herrn v. Kölle oder das ganze übrige Ministerium zu verabschieden. Der Kaiser mag von dem Entlassungsgeuch des Herrn v. Kölle überrascht gewesen sein. Vielleicht aber hat der Kaiser nur deshalb eine vorläufige Beurlaubung eintreten lassen, weil er noch an die Möglichkeit eines Ausgleichs glaubte, oder vielleicht auch, weil er im Begriff zur Jagd zu reisen, die formelle Erledigung der Sache bis zur Rückkehr und zur Ausfindigmachung eines Nachfolgers verzögern wollte. Nach der Rückkehr des Kaisers ist dann alsbald die Angelegenheit in glatter Weise erledigt worden.

— Das Kolberger Strandschloß. Der erste Senat des Oberverwaltungsgerichts hat die Klage des Bürgermeisters Kummert wider den Bescheid des Oberpräsidenten v. Puttkamer abgewiesen. Es verbleibt also bei der Herrn Kummert außerlegten Ordnungsstrafe von 100 Mark.

Die Kommission für Arbeitssatistik beschäftigte sich in ihren Sitzungen vom 10. und 11. d. M. mit der Erhebung über Arbeitszeit, Kündigungsräten und Lehrlingsverhältnisse im Handelsgewerbe. Die Kommission hält eine Regelung der Arbeitszeit in den offenen Ladengeschäften für notwendig und durchführbar. Sie befürwortet den Erlass einer Vorschrift, wonach die Läden, von vorübergehenden Ausnahmen abgesehen, in der Zeit von 8 Uhr m. b. und 5 Uhr Morgens geschlossen sein müssen, und die Handlungsgeschäfte, -Lehrlinge und Geschäftsdienst innerhalb der Zeit, während die Läden geschlossen sind, in der Regel zur Arbeit für das Geschäft nicht herangezogen werden dürfen. Die Kommission hält ferner Bestimmungen für erforderlich, welche den Angestellten der offenen Ladengeschäfte die zur Einnahme der Hauptmaßzeit notwendige Zeit sichern. Zur Förderung der Fortbildung der Lehrlinge ordnet die Kommission die Aufnahme einer Befreiung in Vorschlag, wonach in Orten, wo eine vom Staat oder der Gemeinde anerkannte Fach- oder Fortbildungsschule besteht, den Handlungsgeschäften und Lehrlingen unter 18 Jahren nicht nur die zum Besuch der Fortbildungsschule, sondern auch die zum Besuch der Fachschule erforderliche Zeit zu gewähren ist. Endlich hat die Kommission noch eine Reihe von Bestimmungen vorgeschlagen, die nach dem Vorgang der Paragraphen 120a, f, g der Gewerbeordnung eine Verbesserung der Ladenräume bezwecken. Eine gesetzliche Regelung der Kündigungsräte ist insbesondere die Einführung einer monatlichen Mindestkündigungsräte, die Kommission gleichfalls für notwendig. Sie befürwortet ferner ein Einschreiten gegen die Mißstände, die mit der Anwendung der

Berliner Brief.

Von Philipp Stein.

Berlin, 13. Dezember.

Nicht weniger als 80 000 Berliner sind — Sie haben schon davon gehört — verloren gegangen. Die fortgeschriebene Bevölkerung Berlins betrug am 10. November 1757 898 und die Volkszählung vom 2. Dezember hat das Vorhandensein von nur 1 674 115 Einwohner ergeben, wir haben also nicht einmal die $1\frac{3}{4}$ Millionen voll. Freilich mit den Vororten wären wir bereits über 2 Millionen Einwohner stark, aber die Eingemeindung der Vororte kommt ja vorläufig noch immer nicht zu Stande. Das Gros der verlorenen Berliner, dieser verschwundenen 80 000, wird in den Vororten wieder zu finden sein, denn von Tag wächst der Zug nach den Vororten, besonders den westlichen. Berlin C, aber auch der Südwesten, also die Gegend der Leipziger- und der Friedrichstraße und der sie schneidenden Straßenzüge wird immer mehr zur City, zur reinen Geschäftsgegend und nur wer geht wagen ist, in diesen turbulenten Straßen zu wohnen, erträgt seufzend das Unbehagen und den Lärm und den beständigen Zusammenhang mit all den Auswüchsen des Straßenzugs. Wir Anderen sind längst diesem Treiben entflohen — man zieht erst nach Berlin W. und eines Tages erwacht man in einem Vorort. Ich wohne, wenn ich mir's recht überlege, in Charlottenburg, aber daran werde ich selten erinnert, nur wenn ich Steuern zahle, was leider auch hier viermal jährlich zu geschehen hat, und wann ich zur Wahl gehe. Dann habe ich Leute zu wählen, von deren Existenz mein Berliner Bewußtsein bisher kaum je eine Ahnung hatte. Die Vorzüge des Charlottenburger Bürgertums empfinde ich mit vielem Behagen. Man wohnt billig und gut, die neuen Häuser sind vornehm und komfortabel eingerichtet und enthalten still, sonnige, dabei fashionabile Gartenwohnungen schon zu 1200 Mark. Tiergarten und Zoologischer Garten befinden sich fast vor der Thür, der Grunewald ist schnell zu erreichen. Und dabei bin ich etwa nur eine halbe Minute von Berlin entfernt, schon an der Ecke meiner Straße beginnt das Terrain der Reichshauptstadt, auch postalisch gehören wir zu Berlin und erfreuen uns der Rohrpost, der Paketgesellschaft, welche im Berliner Adressbuch genau wie die Voll-Berliner, wir fühlen uns als Berliner und sind es auch in so vollem Maße, daß das Charlottenburger Adressbuch uns nicht einmal nennt. Unsere Straße gehört praktisch zu Berlin und wenn ein Brief an mich nach Charlottenburg adressiert würde, hätte das große Zeitversäumnis in der Bestellung zur Folge — kurz wir sind durch und durch Berliner, mit unserer Thätigkeit, unserem Erwerb, unseren Verbindungen, aber — wir werden zu Charlottenburg gezählt. Und so wie uns, geht's all' den Leuten in den Grenzbezirken von Wilmersdorf und Schöneberg. Und je mehr sich die Geschäftsstadttheile Alt-Berlin, Alt-Kölln, die Dorothien- und Friedrichstadt entvölkern,

desto mehr nehmen diese Grenzbezirke zu. Diese Scheidung zwischen Berlin und den Vororten hart an den Grenzen, diese Trennung des durchaus zusammengehörigen hat auf den ersten Blick etwas Künstliches und Thörichtes, aber der Vereinigung stehen doch große Hemmnisse durch die Eigenart der hüben und drüben organisch entstandenen Verhältnisse gegenüber.

Auf diesem Wege, auf dem Zuge vornehmlich nach Westen ist der größere Theil der 80 000 verschwundenen Berliner abhanden gekommen. Aber doch nicht alle. Zu dieser überraschend großen Zahl von Menschen, die da plötzlich fehlt, gehören zweifellos sehr Viele, die der Volkszählung aus dem Wege gegangen sind. Tagscheues Gefindel, das Grund hat sich nicht zu nennen, dann aber sicherlich auch Viele, die in Schlafstelle liegen und zwar in Räumen, die polizeilich zu solcher Verwendung nicht gestattet sind. Das Berliner Schlafbüroschenwesen ist einer der großen sozialen Schäden der Weltstadt. Oft beschränkt sich eine Familie des Nachts auf ihre kleine Küche, um ihr einziges Zimmer an möglichst viele Schlafstellen-Vorschen abzugeben oder auch zu schlimmerer Verwendung. Durch die unseligen Wohnungsverhältnisse der ärmeren Bevölkerung wird nur zu oft schon die heranwachsende Jugend Zeuge der Schande und früh verderbt, wird das bischen Herzensreinheit, das das Straßenzug noch nicht verzehrt hat, aufgerissen. Die Polizei verbietet Bücher und Theaterstücke, auf d. h. unsere Moral nicht geschädigt werde — kein Gerinnerer aber als Goethe hat es ausgesprochen: es müßte schlimm zugehen, wenn ein Buch unmoralischer wirken sollte als das Leben selber, das täglich der standalösen Szenen im Ueberfluss vor uns entwickelt . . . In wie hohem und erschreckendem Maße das gerade für die Berliner Jugend trifft, davon erfahren Mitglieder der städtischen Schuldeputation furchtbare Dinge. Man kann nicht alle Quellen dieses sozialen Elends verstopfen, aber das Fehlen der 80 000, das wie man sieht, doch auch seine erste Seite hat, sollte Veranlassung geben, eine Prüfung der Wohnungsverhältnisse der ärmeren Schichten der Bevölkerung vorzunehmen und eine Änderung anzubahnen.

Ein Berliner, von dem wir ganz bestimmt wissen, daß er uns verloren gegangen ist, wiewohl über die letzten Gründe seines Abschieds noch Dunkel sich breite, gehört nicht zu jenen 80 000. Er ist erst nach der Volkszählung von uns gegangen, der Herr Minister v. Kölle, der nur ein Jahr es bei uns in Berlin ausgehalten hat. Es war, wenn man ihn nicht politisch nimmt, ein sehr jovialer Herr, der auch liebenswürdig erscheinen konnte, so z. B. in diesem Sommer bei den Festen in Kiel, wo Minister und Zeitungsschreiber sehr gut mit einander auskamen. Uebrigens ist es eine Uebertreibung, wenn seine Gegner behaupten, Herr v. Kölle habe dem Ministerium des Innern keine Förderung gebracht. Ich erfahre von einer sehr positiven Leistung, die seine Amts-thätigkeit überdauert und von seinen Nachfolgern viel An-

erkennung erfahren wird. Es ist dies der Bau einer Waschküche, die Exzellenz Kölle zu der bereits bestehenden im Ministerium des Innern neu hat erneut lassen. Er möchte nicht, daß seine Exzellenz-Wasche in demselben Raum gewaschen würde, wie die der im Dienstgebäude des Ministeriums wohnenden Beamten — daher die neue Waschküche, die ein dauerndes Denkmal bleiben wird an das kurze Ministerium Kölle . . .

Die Berliner Schauspielkunst hat in der letzten Woche viel Triumph gefeiert, wenn auch indirekt. Sie verdankt das dem Gastspiel der Herren Fritz Haase und Felix Schweighofer. Es hat sich herausgestellt, daß diese Gastspiele höchst überflüssig sind. Herr Schweighofer ist ein sehr drastischer Kunstmaler, im Gegensatz zum echten, zum Naturmaler. Seine Leistung steht in jedem Bilde wie stereotyp fest. Er spielt das „Mullerl“ und da wars gar interessant zu beobachten, wie er an derselben Stelle und mit derselben Nuance gerührt und weich und zittrig im Tone wird wie vor ein paar Jahren. Dann spielte er in einem Pariser Schwank „Gigi“. Wir sind in Berlin gewöhnt, Pariser Typen auch pariserisch in Temperament und Haltung angelegt zu sehen; die Hauptdarsteller unseres Residenz-Theaters z. B. spielen und scheinen viel französischer als die französischen Provinzbegleiter der entzückenden Judic. Herr Schweighofer aber sucht seine Komik in „Gigi“ mit Wiener Trottelthum zu bestreiten — über diese Art erquälter Komik sind wir glücklicherweise längst hinaus.

Herr Haase's Gastspiel im Schauspielhaus hat zur Entschuldigung, daß er von der Bühne nur wirklich Abschied nehmen will. Er hat mir's auch geschrieben mit seiner zierlichen Handschrift, die an die Filigranarbeit erinnert, mit der er seine Rollen herausarbeitet. Wir haben stets Alle geschaut, daß der alte Herr immer nur in alten Rollen auftrat, neue Rollen nicht lernt und die alten nicht vergibt. Und nun hat er sich uns am Donnerstag in einer neuen und zweitbeinahe noch unbekannten Rolle gezeigt und es war — furchtbar langweilig. Ich will von den Stücken gar nicht sprechen; ich bin heute einmal milde gestimmt — unter uns, sie sind sehr schlecht — aber Herr Haase hatte keine Gelegenheit, den echten Haase zu zeigen: wenn er es einmal mit neuen Aufgaben versucht, dann langt die Gestaltungskraft nicht mehr zu, wie sich hier zeigte.

Eine dreist tolle Novität hat das Residenz-Theater herausgebracht, einen Schwank von Besson: „Über Hals und Kopf.“ Über Hals und Kopf stützt sich nämlich eine junge Frau in eine Liebschaft, die ihren Gatten beinahe schwer gekränkt hätte. Das Francillon-Motiv ist hier in der ungenierter Art weiter ausgeführt und nur dem liebenswürdig diskreten Spiel des Fr. Bertens gelang es, über die starken Eindringlichkeiten des sehr drastischen Schwankes hinwegzutäuschen.

logenannen Konkurrenzklause verbunden sind, und wird auch in dieser Hinsicht dem Reichstanzler eingehende Vorschläge unterbreiten. Zu Punkt 2 der Tagesordnung "Erhebung über die Arbeitszeit in Betrieben mühlen" beschloß die Kommission nach Erstattung des Referats und der Korreferate" die mündliche Vernehmung von 40 Auskunfts Personen aus dem Müllereigewerbe vor der Kommission.

Der "Reichsanzeiger" schreibt: In den Blättern wird ein Projekt der Deutschen Kolonial-Ausstellung 1896, kommerzieller Theil (Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht) veröffentlicht, gegen welche Gründung bereits der Arbeitsausschuss der Deutschen Kolonial-Ausstellung sich gewendet hat. Wenn in einem Börsenblatt behauptet worden ist, daß nach dem von der vorgenannten Gesellschaft veröffentlichten Projekt der Hauptausgabeposten im Betrage von 200 000 M. für die Kosten des Regierungsgebäudes bestimmt sei, so entbehrt diese Nachricht jeder Begründung. Das zur Aufnahme der Kolonialausstellungen bestimmte Gebäude wird auf Kosten der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes errichtet, welche bei der Ausstellung in keiner anderen Weise wie jeder anderer Aussteller bestellt ist, wie sie auch für den der amtlichen Kolonial-Ausstellung einzuräumenden Platz eine Blankette gezahlt hat. Mit der oben genannten Gesellschaft ist die Kolonial-Abteilung nie in Verbindung getreten und steht deren Unternehmen vollkommen fremd gegenüber. — Unberührt von diesem Vorgang bleibt das Interesse, welches die Kolonial-Abteilung des Auswärtigen Amtes dem Gelingen der Kolonial-Ausstellung entgegenbringt, die sie in Gemeinschaft mit dem Arbeitsausschuss mit allen Mitteln zu fördern nach wie vor bemüht ist.

In München starb Freitag früh der Magistratsrath, frühere ultramontane Reichstags- und Landtagsabgeordnete Georg Böhler. Der Verstorbene war ein Führer der Handwerkerbewegung, namentlich auf dem Gebiete des Innungswesens.

Parlamentarische Nachrichten.

Gegenüber gegenthiligen Meldungen versichert die "Kölner Volkszeitung", daß das Centrum die gegenwärtige Reichstagssektion nicht vorübergehen lassen werde, ohne auf den Reichstagsbeschluss bezüglich Bulauflung der Sessiune zurückzukommen. Sollte der Bundesrat die Absicht gehabt haben, durch Auslegung der Beschlusssatzung sich für diese Sektion Ruhe zu schaffen vor dem unbrauchbaren Antrag, so habe er die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Vielleicht werde das Centrum eine Interpellation über den Stand der Angelegenheit einbringen.

Vermischtes.

Aus der Reichshauptstadt, 13. Dez. Die Kaiserin Friederich hat auch dem Magistrat für die zum Geburtstag überlandten Glückwünsche ein Dankschreiben zugehen lassen.

Die Hofjagd im Grünewald ist heut Vormittag unter außerordentlich zahlreicher Beihaltung bei schlechtem Wetter vor sich gegangen. Auch der Reichstanzler nahm an der Jagd teil. Der Kaiser erlegte außer zahlreichem kleineren Wild 23 Schafe. Es waren nur 300 Stück Damwild freigelassen worden.

Dr. Bruno Wille, der Sprecher der "Freikriegslösen Gemeinde" ist nach Verbüßung seiner ihm auferlegten Strafe von einem Monat Haft aus dem Friedrichshagener Polizeigefängnis entlassen worden, trotzdem noch zwei Strafverfügungen gegen ihn vorliegen. Wille spricht am Sonntag um 11 Uhr in der Rosenthalerstraße 88 über "Freie Selbstbestimmung". Den verbotenen Frühvortrag hält er nicht.

Ein Schuhmann ist nach der "Voss. Sta." in Charlottenburg verhaftet worden, weil er sich an der siebenjährigen Tochter seines Wirths vergangen hat.

Die wegen Verlegung des Botanischen Gartens eingeleiteten Verhandlungen zwischen Kultus- und Finanzministerium sind nunmehr zum Abschluß gelangt und haben die Genehmigung der Regierung erfahren. Darauf wird der Botanische Garten nach dem Terrain der Domäne Dahlem (westlich Siegels) verlegt werden, woselbst bereits ein Grundstück von nahezu 98 Morgen abgesteckt worden ist.

Das Viehausfuhr-Berbot für Hammel und Rinder, welches bekanntlich seit etwa vierzehn Tagen für Berlin besteht, ist seit heute Morgen 9 Uhr außer Kraft gesetzt.

In die Böpfe kleiner und mittelgroßer Mädchens hatte sich ein 15-jähriger Bursche, Real Schüler, versteckt. Kriminalbeamte, welche am Mittwoch Abend in der Rosenthalerstraße auf Taschendiebe fabndeten, bemerkten, wie ähnlich geschildert wird, einen jungen schlanken Menschen, bekleidet mit grauem Havelock, welcher sich in auffälliger Weise an halbmühsame Mädchens drängte. Hierbei bemerkten die Beamten, daß der Bursche die Böpfe der Mädchen befühle, eine Schere aus der Tasche zog und in vorstechiger Weise den Kopf mit Haarschleife abschnitt. Am Mittwoch Abend sind dem Burschen sechs Böpfe zum Opfer gefallen. Eine Durchsuchung der elterlichen Wohnung des Burschen führte eine ganze Sammlung Böpfe zu Tage. Sogar die Böpfe der Wachsfiguren in den Wanoptiken waren vor der Schere des Burschen nicht sicher gewesen. Als Ursache zu den Kopftaubereien gab der Junge an, daß er gerne Haare kämme und streiche.

Locales.

Posen, 11. Dezember.

* Der Andrang bei der Paket-Annahmestelle des hiesigen Postamts I an der Friedrichstraße ist Abends ganz unverhältnismäßig stark, da fast die Hälfte der gesammten Pakete in der letzten Stunde von 7 bis 8 Uhr Abends aufgeliefert wird. Dieser Nebelstand macht sich insbesondere während des ohnehin gestiegerten Bäckereiverkehrs in der Weihnachtszeit unangenehm fühlbar. Es läge im Interesse des gesammten Publikums, wenn die Bäckereien möglichst nicht in den Abendstunden, sondern schon im Laufe des Tages bzw. erst am nächsten Morgen eingeliefert würden. Die Zeitungsstelle bei dem Postamt I hier selbst wird durch den Bäckereiverkehr in keiner Weise berührt. Bestellungen auf Zeitungen werden daher wie zu jeder anderen Zeit entgegengenommen.

n. Unglücksfall. Auf dem Neubau Breitestraße 15 fiel ein Maurer aus dem II. Stock in den Keller. Der Verunglückte wurde nach seiner Wohnung gebracht.

* Personalnachrichten bei den Justizbehörden. Der Gerichts-Assessor Dr. Dusst in Magdeburg ist zum Amtsrichter in Koehlmann ernannt worden. — Dem Amtsrichter Dr. Opolski in Posen wurde der Charakter als Amtsgerichtsrath verliehen. — Zum Notar wurde der Rechtsanwalt Latte in Nowrażlaw für den Bezirk des Oberlandesgerichts zu Posen mit Anweisung seines Wohnsitzes in Nowrażlaw und zum Gerichtsassessor der Referendar Dr. Roszański im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Posen ernannt.

* Branntweinstatistik. Die Menge des im Monat November im Steuerdirektionbezirk Posen hergestellten Branntweins betrug 5782 hl. im ganzen Reich 385 062 hl.; in den freien Verkehr gelegt wurden im November im Bezirk Posen 1334 hl., in den Lager- und Reinigungsanstalten verbleben Ende November unter steuerlicher Kontrolle 20908 hl.

n. Fuhrunfall. Heute früh 4 Uhr wurde der Wächter Glasly auf der Wallstraße von einem im scharfen Tempo fahrenden Fuhrwerk überfahren. Der Wächter, welcher am linken Bein Verletzungen erlitt, mußte nach seiner Wohnung gebracht werden.

* Personalien. Der Regierungs-Assessor Dr. Dischenzsig aus Stralsund ist bis auf Weiteres dem Landrat des Kreises Meseritz zur Hilfsleistung zugethilft worden. — Der zur Zeit dem Landrat des Kreises Husum zur Hilfsleistung zugethilft Regierungs-Assessor Schulz wurde der königl. Regierung zu Posen als Ersatz für den Regierungs-Assessor Dolmer überwiesen.

n. Durch Ausströmen von Gas wurde gestern die Familie eines bissigen Fuhrunternehmers betäubt; ärztliche Hilfe war rechtzeitig zur Stelle, und erholten sich die Betäubten bald wieder, ohne weiteren Schaden genommen zu haben.

Aus der Provinz Posen.

Meissen, 13. Dez. [Erlassene Strafe.] Im Frühjahr d. J. ereigte die Affäre, welche sich in Bentzien zwischen den Amtsrichtern Wollenhaupt und Handtmann abspielte, überall berechtigtes Aufsehen. Eine Folge des damals ausgeschöpften Duells bildete die Strafkammerverhandlung beim bissigen Landgericht am 15. Juni cr., in welcher Wollenhaupt wegen Herausforderung zum Zweikampf mit einer dreimonatlichen Festungshaft und der Disziplinkommissariats v. Andersten wegen Kartelltragens zu einer Festungshaft von 3 Tagen verurteilt wurde. Amtsrichter W. hatte seine Strafe bereits angetreten; jetzt ist demselben der Rest der Strafzeit und v. Andersten die gelammierte Strafe in Gnade wegen erlassen worden.

Telegraphische Nachrichten.

Hamburg, 13. Dez. Die von verschiedenen Berliner Zeitungen verbreitete Nachricht, die Hamburg-American Line habe neuerdings 8 große Dampfer in England bestellt, ist nach einer Mitteilung der "Hamburg-Americanischen Packetfahrt-Alttengesellschaft" unwahr. Neue Abschlüsse hat die Gesellschaft überhaupt nicht gemacht und die vor etwa 2 Monaten gemachten Aufträge gingen nur deshalb nach England, weil fast alle deutschen Werften infolge reichlicher Verförderung mit Arbeiten die Konkurrenz ablehnten. Für die in England kontraktirten Schiffe hat die Verwaltung die Verwendung deutschen Materials vorgeschrieben.

Die Hamburg-American Line gibt außerdem bekannt, daß sie vom nächsten Jahre ab einen regelmäßigen Dampferdienst zwischen New York und Brasilien ins Leben rufe.

Leipzig, 13. Dez. Professor Leuckart ist aus Anlaß seines 50jährigen Doctorjubiläums zum Ehrenmitgliede der Gesellschaft zur Förderung der gesammten Naturwissenschaften zu Marburg, der deutschen Zoologen-Gesellschaft und der Pariser Académie der Wissenschaften ernannt worden.

Weimar, 13. Dez. Der Großherzog ist heute Abend aus Italien im besten Wohlbefinden hier eingetroffen.

Nom, 13. Dez. [Deputirtenkammer.] Der Saal und die Tribünen sind stark besetzt. Im Hause herrscht lebhafte Bewegung, alle Minister, mit Ausnahme des noch nicht ganz wiederhergestellten Ministerpräsidenten Crispi, sind anwesend. Zur Berathung steht der Bericht der zur Prüfung der auf die Unterschlagung der Dokumente der Banca romana bezüglichen Fragen eingesetzten Kommission, deren Antrag lautet: Die Kammer ist überzeugt, daß keine Veranlassung vorliegt, das Urtheil über die gegen Giolitti erhobenen Anschuldigungen in beiden Prozessen dem Senat zu übertragen, beschließt den Gerichtsbehörden die Freiheit des Handels wiederzugeben und gibt ihnen im voraus auf Grund des Artikels 49 der Verfassung die erforderliche Vollmacht, Anklage gegen ihn zu erheben, beschränkt aber dieselbe im zweiten Prozeß auf die Vergehen, die von Giolitti vor Einbringung der Dokumente in der Kammer, also vor dem 11. Dezember 1894, begangen wurden. — Arnaboldi beantragt, die Berathung zu vertagen, um Giolitti Gelegenheit zu geben, sich vor der Kommission zu äußern. Giolitti erklärt, daß er bei der gegenwärtigen Lage der Dinge sich vor der Kammer äußern müsse; er werde sich darauf beschränken, auseinanderzusetzen, welches die Haltung der Regierung in der Frage war. Arnaboldi zieht hierauf seinen Antrag zurück. Giolitti setzt seine Haltung in der Angelegenheit der Banca romana auseinander und meint, wie er denn, wenn er Beilegungen zu der Bank unterhalten und ein Interesse daran gehabt hätte, den schlechten Stand derselben zu verschütten, die Untersuchung hätte anordnen können, die zur Aufdeckung von Thatsachen führte, nach denen nichts weiteres entdeckt worden sei. Redner betont auch die von ihm angeordnete Überwachung der Administratoren der Banca romana und erklärt, daß seien Maßregeln, die gewiß keine Hinterziehung von Dokumenten im Auge gehabt hätten.

Petersburg, 13. Dez. Amtliche Feststellungen haben ergeben, daß durch die letzten großen Überschwemmungen von der transkaspischen Bahn 50 000 Kubikfasschen Bahn-damm fortgespült wurden. Die Schienegeleise wurden in einer Ausdehnung von über 12 Werst fortgerissen; 7 kleine und 5 große Brücken wurden fortgetragen, ein Stationsgebäude wurde zerstört; der Gesamtschaden wird auf über 2 Millionen Rubel geschätzt.

Riga, 13. Dez. Durch Verfügung des Zaren ist das Urtheil gegen den Pastor Eugen v. Mikwitz, welcher wegen der Taufe eines Kindes aus gemischter Ehe vom Relliner Gericht aus dem Amt entfernt worden war, aufgehoben worden. Mikwitz bleibt also im Amt.

Paris, 13. Dez. Nach amtlicher Bekanntmachung der Direktion der Börse betrug der Wert der Einfuhr in den Monaten Januar bis incl. November 1895 3333 851 000 Francs gegen 3520 880 000 Francs im gleichen Zeitraum des Vorjahres, und der Wert der Ausfuhr 3059 352 000 Francs gegen 2735 256 000 Francs in den ersten 11 Monaten des Jahres 1894.

Paris, 13. Dez. Die Kammer nahm alle Artikel des Einnahmebudgets an und genehmigte sodann das gesamte Budget mit 753 gegen 59 Stimmen.

Paris, 13. Dez. Der "Figaro" behauptet, der eigentliche Anführer der Angriffe auf den Präsidenten Faure sei der Sohn eines gewissen Barat, welcher von dem Notar Belluot geschädigt war und angeblich wiederholt von dem Präsidenten Faure Schadloshaltung verlangt hätte. Barat habe sodann die Papiere dem boulangistischen Deputirten Delahaye übergeben.

London, 13. Dez. Das Gericht, der Prinz von Wales sei gestern auf der Jagd durch einen Schuß verwundet worden, ist in dieser Form durchaus unrichtig. Der wahre Sachverhalt beschreibt sich auf die Thatstelle, daß dem Prinzen, als er auf einen gerade über ihm befindlichen Hasen schob, einige Bulverkörner in das rechte Auge flogen. Der Prinz ist heute völlig wiederhergestellt.

London, 13. Dez. Nach einer Meldung des "Neuertischen

Büro" vor gestern den Vorschlag der Tabaksgesellschaft, betreffend die Verlängerung von deren Konzession, wodurch man eine Anleihe in der Höhe von einer Million zu erlangen hoffte, verworfen habe.

London, 13. Dez. Die amtliche "London Gazette" veröffentlicht eine längliche Bekanntmachung, welche das Parlament auf den 13. Februar 1896 einberuft.

Belfast, 13. Dezember. Eine heute abgehaltene stark besuchte Versammlung der Schiffbau-Arbeiter erwarrt nach Erstattung des Berichts der Delegirten zur Glasgower Konferenz die dort festgestellten Bedingungen mit 879 gegen 25 Stimmen. Darauf nahm die Versammlung eine Resolution an, die das Vorgehen der Belfast Delegirten, welche die Vorschläge der Arbeitgeber abgelehnt hatten, billigt und erklärt, daß angestellt der den Arbeitern in den Werkstätten am Clyde gemachten Angebote die Arbeiter in Belfast noch starker als zuvor entschlossen seien, auf der Forderung sofortiger Lohnhöhung um einen Schilling und einer weiteren Erhöhung um einen Schilling im April zu bestehen.

Madrid, 13. Dez. Der Staatsgerichtshof lehnte es ab, von dem gegen den Minister V. Bosch gerichteten Anklagebehörden Kenntnis zu nehmen. Die Angelegenheit wird nunmehr dem Untersuchungsrichter übergeben werden.

Bern, 13. Dez. Der Ständerat hat das Gesetz über die Errichtung einer rein staatlichen Bundesbank mit 24 gegen 17 Stimmen angenommen. Die Fassung des Nationalrats wurde dahin geändert, daß der ganze Gewinn der Bank den Kantonen überlassen wird.

Belgrad, 13. Dez. Die Königin Natalie wird am 17. d. hier eintreffen.

Newyork, 13. Dez. Der Präsident der Republik Venezuela, Crespo, verweigert die Zahlung der von England beanspruchten 12 000 Pfund Sterling.

Stuttgart, 14. Dez. Bei der Reichstags-Erlatzwahl im 15. Württembergischen Wahlkreise ist die Wahl Gröbers (Centrum) gescheitert.

Dresden, 14. Dez. Gestern früh erfolgte am Franz-Josef-Stollen in Wohlenschleife im Sandsteinbruch, welcher jedoch bereits zum Stillstand gelangt ist.

Zürich, 14. Dez. Durch den Einsatz eines Neubauenes wurden gestern mehrere Arbeiter verletzt, wobei 1 tot und 4 verwundet verhängt wurden.

Arlon, 14. Dez. Abends erfolgte im Hause eines Waffenhändlers eine Explosion, wodurch dieser und 3 andere Käufer schwer verletzt wurden; eine große Anzahl Patrounen platzte und das Haus geriet in Brand.

Nom, 14. Dez. Die Gemeindebehörden und Städte widmen den Opfern von Ambalaagi Ehrenbezeugungen und Gedenktafeln. Die Zeitungen erhalten Goldsummen mit der Aufforderung zu Sammlungen für die Kriegskosten. Nach Privatmeldungen der Blätter verloren die Schoauer 4 bis 5000 Mann (?).

Nom, 14. Dez. Nach einer Meldung der "Agencia Stefani" aus Massaua a. bestätigten acht von Ambalaagi zurückgekehrte Soldaten die schweren Verluste des Feindes. Nach den letzten Berichten war der Feind noch nicht in Sicht von Makale.

Nom, 14. Dez. Die Kammer nahm die von der Regierung gebildete Tagesordnung an, wonach kein Anlaß sei, dem Staatsgerichtshof die Anschuldigungen gegen Giolitti zu unterbreiten, welche in den beiden Prozessen erhoben waren, über die der Kassationshof am 22. und 24. April cr. zu entscheiden hat.

London, 14. Dez. Eine große von Parlamentsmitgliedern geleitete öffentliche Versammlung nahm eine Resolution an für das fiskalische zum Schutze der heimischen Industrie für gegenseitige Handelsbegünstigung aller Theile des britischen Reiches.

Madrid, 14. Dez. Die Kabinettsskrise bleibt auf den Arbeits- und Justiz-Minister beschränkt.

Zur Lage in der Türkei.

Konstantinopel, 14. Dez. Die zweiten Stationsschiffe Englands und Italiens sind hier eingetroffen.

London, 13. Dez. Über die durch einen Streit zw. den Armenier gestern in Konstantinopel hervergerufenen Bank werden dem "Neuertischen Bureau" noch folgende Einzelheiten gemeldet: Einige englische Damen flüchteten in die englische Botschaft; fünfzg. Armenier suchten Schutz bei dem englischen Botschaftssekretär Herbert. Zur Beschwichtigung des Publikums vertriebene die Polizei das Gericht, die Bank sei durch das Entspannen eines Löwen aus einer Menge hergerufen. Der Löwe sei aber bereits von Gendarmen getötet worden. Infanterie und Kavallerie patrouillierten in den Straßen.

J. O. O. F. M. d. 16. XII. A. 81/2. U. L.

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

Berlin, 13. Dez. Die Gründe, die wir schon mehrfach an dieser Stelle erörtert haben, führen auch heute zu einer im Allgemeinen mattheit Börse, an der erst im späteren Verlauf auf Tagesdeckungen eine leichte Befestigung der Tendenz folgte. Die Aussicht auf die jetzige Medio-Vergabung in Paris, Wien und London, in der fortgesetzten Waare an den Markt kommen muß, andererseits das Risiko der beständigen Schließung und Unmöglichkeit über die Gestaltung der Geldsätze bewirken spekulative Abgaben, denen Käufer nur in bescheidenem Maße gegenüberstehen. Wir finden, wie wir schon vor Wochen sagten, aus der akuten in eine latente Krisis getreten und deren Wirkung auf weite interessante Theile ist so erheblich, daß auch eventuelle bessere Berichte aus der Industrie dagegen kein Gewicht haben. Uebrigens lag auch in dieser Hinsicht heute eine ungünstige Meldung vor, nämlich das Zurückziehen der Preissforderungen bei einer Leihlinie in Hannover abgeholten Stabilen-Sumission. Ferner ist zu erwähnen, daß die auswärtigen Blätter im Ganzen unfreudliche Tendenz bekunden, wenn auch späterhin vorübergehend Dediungen in London und Wien eine leichte Reprise verzeichneten. Das Geschäft war nirgends stark, meist sogar äußerst gering. Von Banken gab Anfangs alle leidende und Nebentitel 1-1½. Brot nach; doch wurden diese Eindringen zum Theil wieder hergeholt. Deutsche Bahnen verkehrten still; deutscher das Groß der fremden Aktien, von denen blos schwedische lebhaft und höher umgingen. Am

